

Der Weltfrieden ist in ernster Gefahr

Krieg: Erwidern auf „Kein ehrbarer Ausweg für Russland in Sicht“, FR-Forum vom 28. Februar

Die Ukraine wird zum Bauernopfer

Dieser Krieg ist zu einem Krieg zwischen den Großmächten geworden. Die Ukraine wird so weit ausgerüstet, wie es die militärische Lage erfordert, um nicht zu kapitulieren. Und um Russland maximal zu schwächen. Die Verhandlungen vom März letzten Jahres in Istanbul waren weit gediehen. Hätte Boris Johnson nicht interveniert, wäre der Frieden vielleicht schon hergestellt.

All die großmachtpolitischen Äußerungen von Putin, das Aberkennen des Existenzrechts der Ukraine, bleiben gesagt. Sie sind furchterregend. Aber: Die Eskalationsspirale mit all ihren weiteren Folgen, gar die Bedrohung des „Weltfriedens“ durch einen dritten Weltkrieg, muss sofort beendet werden. Deswegen sollte alles dafür getan werden, einen friedlichen Ausweg auf diplomatischem Weg zu finden.

Viele nennen die Schandtaten des russischen Imperiums und warnen davor, dass Russland darum kämpft, das Zarenreich wiederherzustellen. Und man deswegen jetzt Russland maximal schwächen müsste. Damit es nicht noch andere Länder überfällt. Dabei werden die vielen Kriege der USA nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen. Warum sind die vielen völkerrechtswidrigen Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg un-

ter Federführung der USA so schnell vergessen?

Ohne diesen Kontext ist dieser Krieg isoliert betrachtet ein Krieg zwischen Gut und Böse. Was zunächst als Kampf zwischen David und Goliath daherkam, entwickelte sich zu einem Kampf der Großmächte. Das überlagert diesen Krieg. David wird zum Bauernopfer degradiert. Ohne diesen Zusammenhang bleibt die Analyse des Krieges an der Oberfläche. Was dabei herauskommt, ist eine unnötige Verlängerung des Leidens der ukrainischen Bevölkerung. Regine Trenkle-Freund, Friedrichsdorf

Keine klare Antwort auf die Frage nach Kriegszielen

Olaf Scholz, gerade als belobigter Musterschüler des atlantischen Bündnisses heimgekehrt, wiederholt immer wieder gebetsmühlenartig: Die Ukraine als angegriffenes Land wird von uns mit Waffen beliefert, solange „es dauert“ bzw. solange die ukrainische Regierung (nicht etwa das ukrainische Volk) weitermachen will. Und wie lange, sei „allein Sache der Ukraine“.

Wird in einem Interview – wie kürzlich im Deutschlandfunk mit Verteidigungsminister Pistorius – die Frage gestellt, welche Kriegsziele die ukrainische Regierung verfolgt, ob sie sich auf die Vertreibung der Russen aus dem Donbass beschränken will oder auch die Rück-

oberung der Krim anstrebt (wovor erfahrene westliche Militärstrategien eindringlich als Kippunkt zum finalen nuklearen Schlagabtausch warnen), gibt es keine Antwort. Bewusst lässt man im Dunkeln, was mit „das gesamte ukrainische Territorium befreien“ gemeint ist.

In einer Demokratie hat die Bevölkerung ein Anrecht darauf, über die Ziele einer derart kostspieligen und riskanten Politik aufgeklärt zu werden. Schließlich ist sie es auch, die seit einem Jahr dafür bezahlt: mit Kaufkraftverlust und beschleunigter Umverteilung von unten nach oben. Und vor allem mit der Gefahr, Opfer eines atomaren Schlagabtauschs zu werden.

Susanne Roether, Frankfurt

Putins Strategie wirkt auch in Syrien und Afrika

Was total ausgeblendet wird, ist was Putin im Vorfeld des Ukraine Krieges in Afrika und speziell in Syrien hat anrichten lassen. Bereits auf früheren Kriegsfelder hätte man Putin stoppen und vor allem die Wagner-Gruppe ausschalten müssen. In diesen Gebieten hat der Westen weggeschaut. Dörfer und Städte sind schon dort nach dem gleichen Schema verwüstet und Menschen ermordet worden. Flüchtlinge von dort sind bei uns angekommen. Christel Zobeley, Karben

Diskussion: frblog.de/schwarzer



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230307

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozial-Staatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis zum 8. März unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, Berlin

Sandra Busch und **Florian Leclerc** moderieren das FR-Stadtgespräch mit den beiden Frankfurter OB-Kandidaten, die in die Stichwahl gekommen sind: Uwe Becker (CDU) und Mike Josef (SPD). Livestream unter fr.de/eventvideo
Donnerstag, 23. März, 19 Uhr
Haus am Dom, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, über Wege zum Frieden.
Sonntag, 26. März, 11 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt

Zusammen geht's uns gut

Zu: „Habeck und Lindner zoffen sich“, FR-Wirtschaft vom 17. Februar

Bitte nicht die Koalition aufs Spiel setzen! Neuwahlen wären zurzeit eine Katastrophe für alle Parteien!

Der kapitalistische Liberalismus ist zeittot. Das Kapital muss seinen Beitrag leisten, denn es wird auch von den Folgen von Krieg, Klimaschäden, Seuchen und Flüchtlingsbewegungen getroffen werden. Alle müssen zurückstecken bei gleichzeitiger Fortentwicklung sparsamerer Lebensstile. Wirtschaft und Volk sind Partner, nicht Gegner. Geht es dem einen gut, profitiert auch der andere. Geht es einem von beiden schlecht, stürzt auch der andere ab.

Wie können mehr Einnahmen generiert werden? Steuer-schlupflöcher und Steuerhinterziehung müssen konsequent geschlossen und verfolgt werden. Für ausländische Firmen, die bei uns Milliardengewinne erzielen, müssen verschärfte Abgaberegeln eingeführt werden.

So erzeugt Amazon mit seinen Aktivitäten einen schädlichen Zuwachs an Verkehr, CO₂-Ausstoß und Verpackungsmüll. Google generiert einen enorm hohen Stromverbrauch. Die Bereicherung an öffentlichen Aufträgen und der Missbrauch von staatlichen Zuwendungen (beispielsweise Kinderunterhalt, Sozialleistungen) muss unterbunden werden. Hier kostet uns die liberale Handhabung der Gesetzgebung und ihre entsprechende Auslegung viel Steuergeld.

Der Staat kann nicht für alles aufkommen, das wäre ein infantiler Anspruch. Durch konsequente Digitalisierung kann viel unnötige Verwaltung abgebaut werden. Hier kann die FDP zeigen, was sie kann.

Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Hilfe durch Anteilnahme

Zu: „Kriminalität steigt wieder“, FR-Region vom 2. März

Das Problem der Abhängigkeit von Drogen in Frankfurt kenne ich auch aus meiner ehrenamtlichen ärztlichen Tätigkeit als Rentnerin. Die Forderung nach „mehr Repression“ – wie sie von CDU-Mitgliedern erhoben wurde und weiterhin werden – geht in die falsche Richtung, denn die Drogenabhängigen auf der Straße sind bereits Zurückgestoßene.

Es sind an sich selbst Verzweifelte, auch an der Gesellschaft Verzweifelte. Deswegen gibt es keine Hilfe durch Zurückstoßen, sondern durch Anteilnahme in Kenntnis der Problematik und mit geeigneter Schulung und mit möglichen Hilfsangeboten. Solche sind bereits in der Bibel beschrieben und werden in Frankfurt an mehreren Stellen angeboten.

Dr. Dietmut Thilenius, Bad Soden

Jetzt gehören die Patente Monsanto

Zu: „Mit der Gen-Schere gegen die Klimakrise“, FR-Politik vom 18. Februar

Dass immer wieder die Notwendigkeit, die Welternährung sicherzustellen, bemüht wird, um die Gentechnik zu rechtfertigen, ist eine Zumutung. Die Gentechnik hilft nicht den Hungernden, sondern der Industrie. Die Trockenheitstoleranz unserer Nutzpflanzen beruht nicht auf einzelnen DNA-Abschnitten, sondern auf einem komplexen Zusammenspiel vieler Gene. Bisher kann die konventionelle Züchtung diesen Ansprüchen besser gerecht werden als Crispr/Cas.

Der Industrialisierung ist in den letzten 40 Jahren eine unermessliche Vielzahl lokaler Sorten zum Opfer gefallen, die wohl geringe, aber verlässlichere Ernten erbrachten, selber nachgezogen werden konnten und so den Kleinbauern in den jetzigen Hungerregionen Unabhängigkeit ermöglichen haben. Jetzt gehören die Patente Monsanto. Das Argument, die genveränderten Sorten benötigten weniger Düngemittel, ist ebenfalls kritisch zu bewerten. Der Verzicht auf Mineraldünger

würde dem Klima weit besser bekommen. Dass er möglich ist, hat der alternative Landbau längst überzeugend nachgewiesen. Diesem Wissen auf unlaute-re Weise zuwider zu argumentieren, bestätigt das wirtschaftliche Interesse am Saatgut. Und es bestätigt die Sorge, dass es eben nicht um die Welternährung geht. Diese wäre zu bewerkstelligen, wenn nicht Energie-Pflanzen oder Exportfrüchte dort angebaut würden, wo der Hunger herrscht. Frauke Römer, Illmensee

Schönrednerei ist gängig wie anno 1960

Kakaobanbau in der Elfenbeinküste: „Schoko ohne Reue“, FR-Wirtschaft vom 25. Februar

Frau Schulze und Herr Heil in Afrika. Im Artikel wurde eklatant deutlich, dass es einzig darum geht, den deutschen Wohlstand zu wahren und zu fördern. „Schokolade ohne Reue“? Von wegen! Dadurch, dass jedem Handelsvertrag Umwelt- und Sozialstandards zugrunde liegen sollen, kann sich die BRD scheinbar im Lichte sozialpolitischer Integrität positionieren. Deshalb werden Bauern, die auf irgendeine Weise um ihre Existenz kämpfen, Zügel angelegt. Auf dass der Regenwald nicht weiter abgeholzt werde, damit die Industriesta-

ten, u.a. die BRD, ihre Unmengen an CO₂-Ausstoß kompensieren, also loswerden können.

Stolz darauf, dass Kakaobohnen dann unter menschenwürdigen Bedingungen produziert und exportiert werden können. D.h. dass immer noch Länder des ärmeren Südens lediglich für ihre Rohstoffe schlecht und unkalkulierbar bezahlt werden. Partnerschaftlicher Respekt bestünde darin, sie beim Aufbau effizienter Fabriken zu unterstützen, dadurch moderne Arbeitsplätze zu schaffen, junge Menschen unter der Bedingung auszubilden, dass

sie ihre Fähigkeiten künftig in jenen Anlagen zum Nutzen ihres Staates einbringen, damit Waren exportiert werden können. O weh – dann entstünde unliebsame Konkurrenz. Die haben die Staaten im Norden schon immer abzuwenden gewusst.

„Kinderarbeit lässt sich mit dem Erfassungssystem allerdings nicht verhindern.“ Wie schade. Gut, dass sich solange eine Kooperative die Schulbildung angelegen sein lässt. Respektlosigkeit, Egoismus, Schönrednerei sind gängig und beschämend wie anno 1960. Katrein Brandes, Hamburg